



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/26

31. Januar 1950

Rügen - ein sowjetisches "Gibraltar"?

(with) Von jeher hat in der imperialistischen Politik Russlands sowohl unter den Zaren als auch den Bolschewisten die Beherrschung der "Baltischen See" eine wesentliche Rolle gespielt. Zum erstenmal, seit diese Bestrebungen bestehen, ist durch den Zusammenbruch Deutschlands die Erfüllung dieses "Traumes" in greifbare Nähe gerückt. Die Ostsee ist fast zum sowjetischen "Binnenmeer" geworden. Sie wäre es aber vollständig, wenn auch die Zugänge, die "dänischen Meerengen", innerhalb der sowjetischen Einflussphäre lägen.

Als Molotow 1940 zum letztenmal Hitler besuchte, war dieses dänische Meerengen-Problem bereits Gegenstand der politischen Gespräche. Molotow hat damals Ribbentrop gegenüber erklärt, dass die Sowjet-Union an den Zugängen zur Ostsee nicht uninteressiert sei. Das bezog sich in erster Linie auf die dänischen Gewässer des Sund, des Grossen und Kleinen Belt. Dieser Wunsch hat nach dem Kriegsende greifbare Gestalt angenommen.

Unter diesen Aspekten steht die gegenwärtige Betriebsamkeit der Sowjets an der von ihnen beherrschten Ostseeküste. Während in Westdeutschland Werften und Hafenanlagen in den ehemaligen Marinestandorten demontiert bzw. gesprengt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie für Friedenszwecke umgebaut werden können, betreiben die Sowjets energisch den Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkungen zerstörten Werft- und Hafenanlagen in den früheren Ostsee-Marinestandorten Rostock, Wismar, Stralsund, Warnemünde und Swinemünde. Sie sollen zum Ausgangspunkt der sowjet-imperialistischen maritimen Bestrebungen werden.

Von dieser Basis allein wäre aber die seestrategische Beherrschung der Ostseezugänge nur unvollständig, würde nicht auch die Insel Rügen in diesen Plan einbezogen. Deshalb wird Rügen der Eck-

pfeiler der Sowjet-Seestrategie im Ostseeraum.

Für den Ausbau der Insel als Marinebasis hat die Sowjet-Marineleitung drei Baupläne entworfen. Diese Pläne umfassen:

1. die Errichtung eines natürlichen Schutzhafens für U-Boote, Schnellboote, Torpedobootzerstörer und Seeflugzeuge,
2. Errichtung von Luftschutz-, Luftverteidigungsanlagen und Radarstationen zum Schutze des "Baltischen Tores" zwischen der deutschen Ostseeküste und der dänischen Insel Bornholm, die für den Fall eines "unerwarteten Vorfalles" sofort durch die Sowjets besetzt werden soll,
3. den Umbau des Hafens von Sassnitz zu einer Marinestation, die auch von den grössten Kriegsschiffen angelaufen werden kann.

Bei Plan 1 scheint es sich um die Aufnahme eines bereits von den Nazis vorgesehenen Projektes im Jasmunder Bodden zu handeln, in dem die Anlage natürlicher Schatzstollen durch die geologischen Verhältnisse (Kreidefelsen) besonders begünstigt wird. Um eine möglichst kurze Verbindung zwischen dem Grossen Jasmunder Bodden und der Ostsee herzustellen, ist ein Kanaldurchstich durch den schmalsten Teil Halbinsel Jasmund, der sogenannten "Langen Schaabe", geplant. Mit dem Bau der U-Bootschutzstollen ist bereits nördlich der Stadt Bergen begonnen worden. Die Vorarbeiten für den Ausbau der Seeflugzeugbasis nördlich von Lietzow, also im südlichen Teil des Jasmunder Bodden sind ebenfalls abgeschlossen.

Die sowjetischen Pläne rechtfertigen die Vermutung, dass die Insel Rügen das "sowjetische Gibraltar in der Ostsee" werden soll.

Internationale Bürokratie

A.F. Es ist erschreckend und erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit sich eine, die nationalen "Errungenschaften" in den Schatten stellende, internationale Bürokratie entwickelt hat. Die englische Zeitschrift "The Economist" stellte unlängst fest, dass sich nicht weniger als 100 Ausschüsse und Unterausschüsse offiziell mit der europäischen Zusammenarbeit befassen. Die verschiedenen internationalen Organisationen überschütten die Welt mit Fragebogen, die mitunter ein Meisterwerk der Unzweckmässigkeit sind.

Einen besonderen Platz innerhalb dieser internationalen Bürokratie verdient die UNESCO, die Kulturorganisation der Vereinten

Nationen, der es bei ihrer letzten Generalversammlung in Paris im Herbst 1949 nur mühevoll gelungen war, starke Budgetkürzungen zu vermeiden. Besonders die Vereinigten Staaten beanstandeten die mangelnde Konzentration in der Arbeit der UNESCO. Eine regelmässige Lektüre der Arbeitsberichte dieser Organisation gibt allerdings viel Gelegenheit zu solcher Kritik. Das letzte Mitteilungsblatt unterrichtet z.B. den Leser von einer bevorstehenden "Generalversammlung des Internationalen Musikrates", der sich hauptsächlich mit der Förderung der Schallplattenaufnahme moderner Musikwerke und dem Vertrieb von Orchestermaterial befassen will. Gleichzeitig wird die Veröffentlichung eines kompletten Kataloges der in der ganzen Welt hergestellten Schallplatten mit Musik von Chopin bekanntgegeben. Das ist zweifellos sehr interessant und lobenswert. Es ist nur bedauerlich, dass die UNESCO wichtige Aufgaben vergisst und den Leser durch ihren eigenen Poststempel auf dieses Vergessen hinweist. Die Briefe der UNESCO tragen nämlich den Aufdruck: "Helft uns beim Aufbau der zerstörten Schulen".

- - -

Urlaubsgesetze im Arbeiterparadies

sp. Als stärkste Bremsklötze des tschechoslowakischen Fünfjahresplanes von der Arbeitnehmerseite her werden nach amtlichen Darstellungen die sogenannte "Fluktuation" (Wanderbewegung zwischen den Arbeitsplätzen) und im zweiten Falle die "Absenzen" (fallweise Fernbleiben vom Arbeitsplatz) bezeichnet. Am höchsten stieg die Kurve der Fluktuation 1948 nach der kommunistischen Machtergreifung, als 811.000 Beschäftigte den Arbeitsplatz wechselten. Die abschliessenden Zahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor, doch ergeben die bisherigen Schätzungen, dass 1949 durchschnittlich jeder dritte Arbeiter einen anderen Arbeitsplatz aufsuchte. Da alle bisherigen Gegenmassnahmen vergeblich waren, hat das Prager Parlament kürzlich eine Neuaufgabe des Urlaubsgesetzes verabschiedet. Um den Wechsel der Arbeitsplätze möglichst zu unterbinden, entsteht nach den nun geltenden Bestimmungen ein Anspruch auf Urlaub erst nach elf Monaten Beschäftigung in ein und demselben Betrieb. Über die Berechtigung eines Arbeitsplatzwechsels entscheidet künftig der kommunistische Betriebsausschuss, dem damit eine neue Handhabe zur Verfolgung Massliebiger zugeschoben wurde. Um die Absenzen zu unterbinden (die nach Angabe der kommunistischen Gewerkschaft z.B. im Bauwesen allein im letzten Vierteljahr mehr als

zweieinhalb Millionen Stunden ausgemacht haben sollen), enthält das Urlaubsgesetz die Bestimmung, dass für jeden ohne triftigen Grund versäumten Arbeitstag je zwei freie Tage vom Urlaub abgezogen werden. Auch hier entscheidet über die Triftigkeit des Grundes der aus Bolschewisten zusammengesetzte Betriebsausschuss, der in der letzten Zeit sogar Laienkontrollen eingeführt hat, durch welche ohne ärztliche Assistenz darüber entschieden wird, in wie weit die Erkrankung eines Beschäftigten arbeitsbehindernd ist.

Zu der normalen Arbeit kommen die sogenannten Brigadeeinsätze beiden verschiedensten Anlässen. Schon im Vorjahr musste der Industrieminister zugeben, dass die Bergarbeiter kaum jede 7. Woche einen freien Tag zur Verfügung haben. Das neue Urlaubsgesetz kürzt auch noch diese karge Freizeit. Damit nicht genug, greift der Staat mit politischer (bolschewistischer) Schulung in immer stärkerer Masse in das Privatleben nach Betriebsschluss ein. So bestehen z.B. in Kreis Prag allein 21.899 Lehr- und Lerngruppen für die parteipolitische Schulung, davon in den Betrieben 9.511. Wer davon noch nicht erfasst ist, wird in die Unterrichtsclubs zur Erlernung der russischen Sprache gedrängt, an denen sich im gesamten Staatsgebiet heute schon fast zwei Millionen Menschen beteiligen müssen.

(b/B81/311/2/hs)

Die Häuser des Ministers Judin. (A.W.) Ein jüngst nur auf Umwegen bekannt gewordener, sehr bezeichnender Skandal in der hohen sowjet-russischen Bürokratie betraf den Minister J.A. Judin, dem das Ministerium für den Bau von Anlagen der Schwerindustrie nun schon seit einigen Jahren untersteht. Er hatte es verstanden, seine Stellung dadurch zu festigen, dass er zusätzlich zu seinen Planaufgaben eine jährlich sich erheblich steigernde Anzahl von Wohnhäusern baute, worin er die anderen Industrieministerien weit hinter sich liess. Sein Geheimnis war die Herstellung von Montagehäusern. In der SU ist der Wohnungsbau ein besonderes Sorgenkind des Staates, weshalb sich, um die Verantwortung zu teilen, alle Behörden und Verbände daran beteiligen müssen. Der Neid der Ministerkollegen veranlasste nun kürzlich eine Überprüfung der Judinschen Erfolgswerte. Das Ergebnis war unerfreulich genug.

Die bisher fertiggestellten Häuser waren selbst für den so wenig verwöhnten russischen Arbeiter allzu primitiv. Jede Wohnung bestand nur aus einem Zimmer mit dem Ausgang direkt ins Freie. Wegen des Durchzugs konnte man in ihm schon im Herbst nur noch im Mantel wohnen. Und diese dünnen Holzhäuser gingen nun schon seit Jahren auch in den Ural und nach Sibirien! Wie festgestellt wurde, hatten die meisten Bewohner ihre Häuser mit hohen Steinmauern umgeben, um überhaupt darin leben zu können. Mit solchen Erzeugnissen hatte Judin also seine Erfolgswerte erreicht. Doch er ist, trotz vieler Kritik, auch heute noch im Amt.

Tagesordnung der PV-Sitzung in Bonn

Die Sitzung des Vorstandes der SPD am Sonnabend, d. 4. und Sonntag, d. 5. Februar in Bonn weist eine reichhaltige Tagesordnung auf.

Als ersten Punkt wird man die Vorbereitung des Parteitages besprechen, der, wie berichtet, vom 21. bis 25. Mai im Hamburger Gewerkschaftshaus, dem Besenbinderhof, stattfinden wird.

Zur Diskussion stehen am Wochenende in Bonn weiter der Entwurf eines veränderten Organisationsstatutes, die Berlin-Hilfe, im Zusammenhang mit Gewerkschaftsfragen die Bildung von Sozialgemeinschaften der SPD, Probleme des Rundfunks und hier in Sonderheit die Krise des NWDR, die Stellung der Jugend in der Partei, Berichte über internationale Veranstaltungen, wie den kürzlichen Besuch der holländischen Parlamentsdelegation und die bevorstehende COMISCO-Expertenkonferenz in Deutschland sowie verschiedene andere Fragen.

Am Sonntag nachmittag bis Montag mittag tagt ausserdem in Bonn der Zentrale Ausschuss für Frauenfragen in der SPD. Auf dieser Sitzung wird man Fragen der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Frauenarbeit im Jahre 1950 und Einzelheiten der Vorbereitung des internationalen Frauentages besprechen, der vom 31. März bis 2. April in allen Grosstädten Westdeutschlands und in Berlin stattfinden wird.

Am Montag, dem 6. Februar findet schliesslich im Sitzungssaal der Fraktion eine Konferenz zum Thema Lastenausgleich statt. Auf ihr wird Herbert Kriedemann über die grundsätzlichen politischen Gesichtspunkte referieren. Walter Seuffert wird sich in einzelnen mit den bisherigen Leistungen der Regierung auf diesem Gebiet befassen.

A u s s c h r e i b u n g !

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sucht zum baldmöglichsten Tätigkeitsbeginn einen leitenden Sekretär für kulturpolitische Aufgaben. Bewerber müssen über grosse Erfahrungen in der sozialistischen Bildungs- und Kulturbewegung verfügen, organisatorische Fähigkeiten haben, in der Lage sein, ein zentrales Sekretariat selbständig zu leiten und die Tätigkeit der bezirklichen und lokalen Untergliederungen massgeblich zu beeinflussen. Bewerbungen bitten wir an den Vorstand der SPD, Hannover-Odeonstr.15/16 zu richten.